

“Jede legale Arbeit ist prinzipiell zumutbar. Wir können in Deutschland nicht nur mit Hosenträgern herumlaufen.“

(Clement, Ex-Bundesminister für Wirtschaft u. Arbeit - Die Zeit, 5.6.03)

- Von wegen !!! -

Den Leihbuden u. Sklavenhändlern das Handwerk legen ! Gegen Leiharbeit, Dumpinglöhne u. miese Arbeitsbedingungen !

Immer mehr Menschen sind gezwungen zu Dumpinglöhnen zu arbeiten u. mit diesen Hungerlöhnen über die Runden zu kommen. Mit tariflichen Stundenlöhnen ab 6€ (Stand 2008) kann man alle getrost als gewerkschaftlich abgesegnete Freibriefe zur Ausbeutung auf Armutsniveau bezeichnen. 745000 Menschen arbeiteten 2008 in Leiharbeitsverhältnissen, doppelt so viele wie vor 5 Jahren. Randstad, Manpower, Adecco ..., die großen Leihbuden u. Sklavenhändler, machten riesige Umsatz- u. Gewinnsprünge. Neue Agenturen sprossen wie Pilze aus dem Boden.



Prekäre Beschäftigung

LeiharbeiterInnen zählen zu den klassischen prekär Beschäftigten. Sie sind bei einer (Ver-) Leihfirma angestellt, von der sie an andere Firmen verliehen werden. Gesetzliche Regelungen für Leiharbeit wurden in der Vergangenheit immer wieder gelockert. So wurde die zulässige Überlassungsdauer 1985 von 3 auf 6 Monate, 1994 dann auf 9 Monate, 1997 auf 12 Monate u. 2002 auf 24 aufeinander folgende Monate verlängert. 2004 folgte schließlich der Wegfall der Begrenzung der Überlassungshöchstdauer.

Im Rahmen der Agenda 2010 (Hartz-Gesetze der damaligen SPD/Grünen-Bundesregierung) wurde das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) geändert. Jeder kann heute eine Leiharbeitsfirma gründen u. sich Arbeitskräfte zu Niedriglöhnen vom Arbeitsamt zuweisen lassen. Für maximal 2500€ kann man als Verleiher eine Erlaubnis bekommen u. sich am modernen Sklavenmarkt beteiligen.

Flexibilisierung u. Gewinnsteigerung auf Kosten der ArbeiterInnen

Durch Leiharbeit können Unternehmen (Entleihfirmen) erhebliche Einsparungen erzielen. Neueinstellungen werden vermieden, betriebliche Zusatzleistungen eingespart oder gesetzliche Richtlinien, die sich auf die Anzahl der Beschäftigten im Betrieb beziehen, umgangen. Tägliches “hire & fire” ist damit problemlos möglich. Leiharbeit wird immer mehr benutzt um feste Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden. 7% der Leiharbeitsfirmen sind Ausgliederungen oder Subunternehmen großer Konzerne (z.B. Bayer, Deutsche Bahn AG). LeiharbeiterInnen machten in der Industrie 2007/2008 einen Anteil von 10-12% der Stammbeschaft aus.

Die Dumpingtarifverträge der DGB Gewerkschaften u. des Christlichen “Gewerkschafts-” Bundes (CGB) dienen allein dem Zweck “equal pay – equal treatment” zu verhindern.

LeiharbeiterInnen sollen vom 1. Tag an grundsätzlich die gleichen Rechte in den Entleih-Betrieben bekommen wie die festangestellten Beschäftigten. Diese Gleichstellung kann verhindert werden, wenn willige Gewerkschaften mit den Bossen Verschlechterungen durch einen Tarifvertrag vereinbaren:

Im Rahmen der Agenda 2010 wurde der Grundsatz der gleichen Bezahlung u. Behandlung (equal pay – equal treatment) von LeiharbeiterInnen beschlossen (Gleichbehandlungsgebot seit 01.01.04 in Kraft / AÜG). Durch die DGB-Tarifgemeinschaft (welcher die 8 Einzel-Gewerkschaften IG BCE, NGG, IG Metall, GEW, Ver.di., IG Bau, TRANSNET u. GdP angehören) wurden den LeiharbeiterInnen diese Rechte per Tarifvertrag mit den Verbänden der Leiharbeit (BZA/iGZ) jedoch wieder genommen.

Der DGB kippte damit die eigene “Equal pay”-Forderung u. senkte den bisherigen Tarif – “aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Branche”, so der damalige DGB-Verhandlungsführer Dombre – , auf das Niveau des christlichen “Schmuddeltarifs”. Eine Absenkung der Löhne um 22% ging lautlos vonstatten.

Der sog. "Christliche Gewerkschaftsbund" (CGB) hatte zuvor am 24.02.03 mit der "Interessengemeinschaft Nordbayerischer Zeitarbeitsunternehmen" (INZ) den 1. bundesweiten Tarifvertrag für die gesamte Leiharbeitsbranche abgeschlossen; heute Tarifgemeinschaft "Christliche Gewerkschaften Zeitarbeit u. Personal Service Agenturen" (CGZP) mit dem "Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister" (AMP).

Das Berliner Arbeitsgericht entschied Anfang April 2009, daß die CGZP **nicht** tariffähig ist. Damit seien alle von der CGZP abgeschlossenen Tarifverträge ungültig, erklärte die Berliner Arbeitssenatorin Knake-Werner. Wenn dieses Urteil rechtskräftig wird, dann können 40% der LeiharbeiterInnen rückwirkend mehr Lohn verlangen. Auch die Sozialversicherungsträger können in der Folge mit nachträglichen Zahlungen rechnen.

Anstatt jetzt endlich die Tarifverträge mit der BZA u. der iGZ zu kündigen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit einzufordern, verhandeln die DGB-Gewerkschaften wieder über neue Dumping-Tarifverträge (→ 8% mehr von zu wenig) und ermöglichen somit eine Weiterführung des modernen Sklavenmarktes.

Der Betrug um die gleichen Bedingungen für LeiharbeiterInnen findet durch einen Nebensatz im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) statt: "Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht tarifgebundene Arbeitgeber u. Arbeitnehmer die Anwendung der tariflichen Regelungen vereinbaren."

Damit kann die gleiche Bezahlung u. Behandlung durch Verschlechterungstarifverträge außer Kraft gesetzt u. verhindert werden. Das Besondere ist dabei, daß üblicherweise die Leistungen aus Tarifverträgen nur den Mitgliedern der abschließenden Gewerkschaft zugute kommen; in diesem Fall können die Verschlechterungen aber allen Beschäftigten der Branche aufgezungen werden.

Ohne diese Tarifverträge müßte "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gelten



Der "Bundesverband Zeitarbeit" (BZA), der mit der DGB-Tarifgemeinschaft Dumpingtarifverträge abgeschlossen hat, erklärt auf seiner Internetseite ganz offen u. deutlich: "...Die Tarifverträge wurden auch deshalb notwendig, weil Kundenbetriebe infolge des „Equal Treatment“-Grundsatzes auf den Einsatz von Zeitarbeitnehmern verzichtet hätten. Die Dienstleistung Zeitarbeit wäre zu teuer geworden u. hätte erheblichen Verwaltungsaufwand erfordert. Der Auskunftsanspruch von Zeitarbeitnehmern über die vergleichbaren Arbeitsbedingungen im Einsatzbetrieb wäre in der Praxis nicht akzeptiert worden".

Im Klartext: Ohne diese Tarifverträge müßte "equal pay & equal treatment", also gleicher Lohn für gleiche Arbeit, bereits angewendet werden, bzw. wäre die Leiharbeit kaum mehr möglich.

Alles in allem: der DGB hat seine ordnungspolitischen Hausaufgaben gemacht u. ist der staatlichen Verordnung der "Hartz-Gesetze" – gleich mit 2 Leiharbeits-Tarifverträgen (DGB/BZA u. DGB/iGZ) – nachgekommen, ohne die es ab 01.01.04 "Equal pay" für alle LeiharbeiterInnen gegeben hätte.

Dafür sind wir echt dankbar !

LeiharbeiterInnen bekommen für ihre permanente Unsicherheit weniger statt mehr Geld !

Die Arbeitsbedingungen sind teilweise unbeschreiblich miserabel, elementare Rechte werden verweigert, gearbeitete Zeiten werden nicht angerechnet, entleihfreie Zeiten werden nicht bezahlt bzw. vom Urlaub abgezogen und Lohnbetrug scheint nicht selten vorzukommen. Solche Behandlungsmethoden durch einen Sklavenhändler sind illegal. Nach Arbeitsrecht gelten entleihfreie Zeiten als Arbeitszeit.

Und: LeiharbeiterInnen verdienen im Schnitt 30-50% weniger als ihre KollegInnen bei der Entleihfirma, u. dies trotz der ihnen abverlangten enormen Flexibilität.

Sanktionen für die, die sich wehren !

Wer sich gegen solche illegale Behandlungsmethoden wehrt, der riskiert durch einen „selbst verschuldeten“ Verlust seiner (Sklaven-) Arbeit die Kürzung bzw. Aussetzung für 3 Monate seines Arbeitslosen- bzw. Hartz-4-Geldes durch die Agentur für Arbeit. Und dieses „selbst verschuldet“ läßt sich von der Verleihfirma immer so hindrehen. Somit wird es immer mehr Menschen treffen, die diesem Kreislauf der modernen Sklavenhaltung nicht mehr entrinnen können: Auf der einen Seite die Arbeitsagentur, die Mensch dazu zwingt, jede Arbeit anzunehmen, u. auf der anderen Seite die Zeitarbeitsfirmen, die ihren Beschäftigten immer mehr Verschlechterungen aufdrücken.

Das deutsche Modell, Rechte auf dem Papier gewähren, um sie dann durch Vereinbarungen mit gefälligen Gewerkschaften wieder außer Kraft setzen zu lassen, soll nun auch europäischer Standart durch eine EU-Leiharbeitsrichtlinie werden.

Die Situation in Freiburg

In der Kleinanzeigenzeitung "Zypresse" findet man kaum noch "normale Stellenanzeigen", sondern sehr viele Leih- u. Zeitarbeitsjobs mit einem Einkommen bzw. Stundenlohn ab 7,21€ bzw. 7,38€. "Von 7,38€ in der Stunde kann man nicht leben", empörte sich der Sekretär der IG Metall Freiburg, Kantelhardt. Dabei haben diese bzw. der DGB dazu beigetragen.

Der Leiharbeitssektor in Freiburg hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt: 1999 waren es ca. 1600 LeiharbeiterInnen; Ende 2007 waren es schon 3600 u. im Sept./Okt.2008 gab es im Raum Freiburg ca. 4000 LeiharbeiterInnen. Ca. 3,5% aller Beschäftigten in Freiburg waren (im März 2008) LeiharbeiterInnen; deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt mit 2,6%. Rechnet man zu den 4000 LeiharbeiterInnen noch die 27000 geringfügig Beschäftigten ("Mini-/400€-Jobs"...) hinzu, dann haben die prekären Arbeitsverhältnisse in der Region große Ausmaße angenommen.

Leiharbeit – so weit das Auge reicht

In immer mehr Firmen haben LeiharbeiterInnen ein Viertel bis ein Sechstel der Beschäftigten gestellt. Der Freiburger Chip- u. Halbleiterhersteller Micronas hatte in den Jahren 2006-2008 von den ca. 1800 Beschäftigten zwischen 160 u. 200 LeiharbeiterInnen; der Generatorenhersteller Hüttinger hatte Anfang 2008 etwa 70 LeiharbeiterInnen beschäftigt; knapp 15% der Gesamtbelegschaft.

In vielen Fällen hat Leiharbeit in Freiburg reguläre Beschäftigung verdrängt u. ersetzt. Es sind Menschen dort als LeiharbeiterInnen eingestellt worden, wo noch vor ein paar Jahren reguläre Jobs abgebaut wurden. Seit 1999 sind alleine in Freiburg 2000 feste Arbeitsplätze in Leiharbeitsstellen umgewandelt worden.

Der Fall Micronas

Mit LeiharbeiterInnen machen Unternehmen die Belegschaft u. Betriebsrat gefügig: Der Freiburger Chip- u. Halbleiterhersteller Micronas etwa hatte bis Ende 2008 einen hohen LeiharbeiterInnenanteil. Ironischerweise arbeiteten dort LeiharbeiterInnen, die zuvor bei Micronas festangestellt gewesen waren. Die arbeiteten seit Jahren für einen Lohn von 1100€ brutto – in Vollzeitbeschäftigung. Weil sie von ihrem Lohn nicht leben konnten, hatten viele einen Zweit-Job auf 400€-Basis. Nach der Frühschicht gingen die zu ihrem Zweit-Job u. hatten in der Summe weniger Geld als die Festbeschäftigten.

Dazu noch folgende Erläuterung: 2006/2007 wurden von den damals 1870 ArbeiterInnen 200 in Leiharbeitsfirmen ausgelagert. Die betroffenen Beschäftigten hatten auf maximal 2 Jahre befristete Arbeitsverträge. Die meisten endeten im ersten Halbjahr 2006 u. wurden nicht mehr verlängert. Stattdessen wurde ihnen angeboten zu einer der beiden ansässigen Leiharbeitsfirmen DIS oder Persona-Service zu wechseln. Diese würden die ausgelagerten MitarbeiterInnen wieder an Micronas verleihen. Die Leihbuden kassierten dann für diesen "Service" eine Gebühr von Micronas. Über die Höhe wollte keiner der Beteiligten Angaben machen. In einem internen Rundschreiben des Betriebsrates Ende 2005 hieß es: "Die Geschäftsleitung stellte uns u. damit die Beschäftigten vor eine ganz einfache Alternative: Entweder arbeiten die heute befristet Beschäftigten nach dem Auslaufen ihrer Zeitverträge als Leiharbeitnehmer in der Fertigung weiter oder gar nicht mehr. Im letzteren Fall würde die entsprechende Anzahl an Maschinen (...) nach Fernost verlagert".

Ohne nennenswerten größeren Protest oder gar Widerstand - außer ein bißchen Empörung u. außer an die angebliche Vernunft u. Moral der Bosse zu appellieren - ist dies über die Bühne gegangen. Interessant ist dabei noch zu wissen, daß die Leihbuden DIS u. Persona-Service Tarifverträge mit dem DGB/BZA haben. Also Dumpinglöhne nach Tarif, die vom DGB ausgehandelt wurden.

Leih- u. Zeitarbeitsfirmen, Leihbuden u. Sklavenhändler in Freiburg

Die Zahl der Unternehmen, die am Geschäft mit "hochflexiblen Personal", - also Leihsklaven - , mitverdienen wollen, ist ebenfalls kräftig gewachsen:

Im Bezirk der Arbeitsagentur Freiburg (Stadtgebiet, sowie Kreis Breisgau-Hochschwarzwald u. Emmendingen) gab es bis Februar 2008 95 Leiharbeitsfirmen. Heute gibt es allein im Stadtgebiet Freiburg zwischen 30 u. 40 Leihbuden. Die Größten sind Randstad, Tuja, Adecco, Persona-Service, Deutscher Industrie Service (DIS), Manpower

Viele Leihbuden zahlen keine Nicht-Einsatzzeiten! Dagegen kann Mann/Frau sich wehren.

Randstad klaut LeiharbeiterInnen Stunden durch unerlaubte Verrechnung: Die Verleihfirma bucht Nichteinsatzzeiten ihrer Beschäftigten unerlaubt als Fehlzeiten. Auf diese Weise spart der Verleiher viel Geld; u. auf den Zeitkonten der LeiharbeiterInnen häufen sich die Minusstunden. Daß Randstad diese Praxis mit einer Betriebsvereinbarung abgesichert hat, macht den Stundenklau keineswegs legal. Nach einem Rechtsgutachten des Bremer Arbeitsrechtlers Däubler verstößt die Betriebsvereinbarung nämlich gegen §11 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG). Der Betriebsrat wurde aufgefordert die Betriebsvereinbarung fristlos zu kündigen.

Sicher ist, daß auch andere Verleiher unerlaubt Stunden klauen.

Aus Furcht vor Rauswurf nehmen viele Betroffene die Nichteinsatzzeiten als Fehlzeiten, also den Stundenklau, in Kauf. Das muß nicht sein! Mann/Frau kann sich dagegen wehren. Neben öffentlichem, politischem Druck lohnt sich auch der Gang zu den Arbeitsgerichten. Bisher hatten alle KlägerInnen Erfolg.

Die Arbeitsagentur Freiburg, Arbeitgeber- u. Wirtschaftsverbände beschreiben Leiharbeit als "Erfolgsgeschichte" u. "Erfolgsmodell"

"Die Unternehmen der Zeitarbeit sind wichtige Partner für uns", kommentierte der **Arbeitsagentur**-Chef Leibe die Entwicklung in Freiburg. "Damit das Zusammenspiel zwischen der Agentur u. ihren Großkunden aus der Zeitarbeitsbranche flüssiger verläuft, hat sich die Agentur entsprechend angepaßt. So gibt es dort seit Juli 2007 Personal, welches sich ausschließlich um die Wünsche der Zeitarbeitsfirmen kümmert", so Leibe weiter.

Kombilohn – Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit

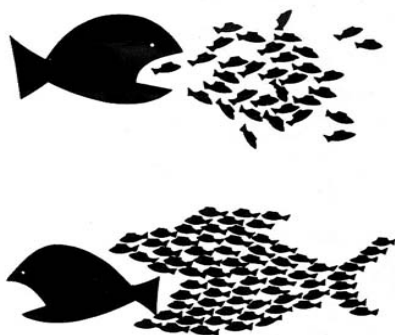
Die Arbeitsagentur Freiburg vermittelt Arbeitslose zunehmend u. bevorzugt in Leiharbeitsverhältnisse u. behandelt Verleiher als so genannte "Premiumkunden" u. zahlt an sie häufig Lohnkostenzuschüsse. Berücksichtigt man noch die LeiharbeiterInnen mit Anspruch auf ergänzende Leistungen nach Hartz 4, wird deutlich, daß hier ein großer Bereich von öffentlich subventionierter Arbeit entstanden ist.

Der **Arbeitgeberverband "Südwest-Metall"** sieht in der Leiharbeit "einen Jobmotor, weil sich durch sie kurzfristiger Bedarf decken lasse u. kein Kündigungsschutz bestehe". „Daß Leiharbeiter ständig in Angst vor Kündigungen seien, höherem Streß ausgesetzt seien u. schlechter bezahlt würden“, kann der Südwest-Metall Geschäftsführer Kraus nicht nachvollziehen. „Diese Leute sind überwiegend hoch motiviert“, so Kraus weiter.

Der Hauptgeschäftsführer des „**WVIB**“ (Wirtschaftsverband Industrieller Unternehmen Baden) Münzer behauptet(e): „...Leiharbeit ist keine Billigarbeit. Sie bekommen sogar Interimsmanager u. andere höchstbezahlte Kräfte. Wir sollten von der Vorstellung Abschied nehmen, daß Leiharbeit kein optimaler Markt ist, den es zu bekämpfen gilt. ...Ich glaube nicht, daß Leiharbeiter generell u. dauerhaft so wenig Geld bekommen.“ Und man höre u. staune: "Den Fall Micronas kenne ich nicht. Der Arbeitsmarkt ist zurzeit aber so, daß jemand, der meint zu wenig Geld zu bekommen, eine Menge Alternativen hat. Unser Wirtschaftsverband hat auf seiner Internetseite 250 offene Stellen. ... Schon im Schwarzwald gibt es Alternativen u. jede Menge offene Stellen. Wer im Moment keinen Job findet, darf sich gerne bei mir melden."

Aktuelle Wirtschaftskrise – LeiharbeiterInnen waren die ersten

Die aktuelle Wirtschaftskrise wirkt sich direkt auf den Leiharbeitssektor aus: Der Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP) geht von ca. 50000 LeiharbeiterInnen aus, die 2009 ihren Job verlieren werden. Der Wirtschaftswissenschaftler Duddenhöffer rechnet mit 80000 Leiharbeitsstellen, die wegfallen u. die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) vermutet die Streichung von bis zu 80% der Leiharbeitsstellen.



Die ersten Entlassungen u. Kündigungen von LeiharbeiterInnen haben schon stattgefunden. Betriebsräte u. die DGB- Gewerkschaften sind empört u. schockiert; doch wer über den Schwund an Leiharbeit in der Krise jault, vergisst, daß Leiharbeit für solche Situationen geschaffen wurde. Wenn der IG BCE-Vorsitzende Schmoldt dafür plädiert, "daß Leiharbeit wieder zu dem wird, was sie sein soll, (...) zu einem (...) Instrument, um kurzfristige Auftragsschwankungen abzufedern", verkennt er, daß die kommenden Kündigungen aus einer solchen Auftragsschwankung erwachsen - nur einer langfristigen. Auch die IG Metall stellt ihr Schwarzbuch unter das Motto "Leiharbeit fair gestalten". Die Forderung nach Leiharbeit in einem "angemessenen Rahmen" läßt vergessen, daß das System Leiharbeit immer weniger Lohn, flexiblere Arbeitszeiten u. schnellere Kündigungen bedeutet.

Und vergessen wir nicht: Die DGB-Gewerkschaften haben uns diese Situation in Sachen Leiharbeit erst eingebracht.

Diese Situation u. diese Bedingungen wollen wir nicht mehr akzeptieren u. versuchen uns als LeiharbeiterInnen u. UnterstützerInnen zu organisieren. Wir wollen u. können uns gegen Leiharbeit, Dumpinglöhne u. miese Arbeitsbedingungen wehren.

LeiharbeiterInnen u. UnterstützerInnen treffen sich, jeden 3. Sonntag des Monats ab 18 Uhr in der FABRIK (79104 FR, Habsburgerstr. 9, Hauptgebäude, 1. Stock, "Fabrik-Café").

**Leiharbeit abschaffen !
Für bessere Arbeits- u. Lebensbedingungen !
Wir kriegen nur wofür wir kämpfen !**

Aktionsbündnis Leiharbeit abschaffen: Email: faufr2@fau.org Internet: www.fau.org/freiburg